Der Ikea-Bomber flüchtete offenbar nach Polen

Dresden. Der Unbekannte, der vor drei Wochen einen Sprengsatz in der Dresdner Ikea-Filiale gezündet hat, ist anschließend offenbar nach Polen geflüchtet. Das ergab nun die dreitägige Absuche der Fluchtbewegungen mit speziell ausgebildeten Spürhunden, sogenannten Mantrailern. So schnüffelten die fünf Tiere dem Tatverdächtigen auf der Autobahn 4 hinterher – bis zum Grenzübergang in Ludwigsdorf bei Görlitz. „Wir treten nun mit unseren polnischen Kollegen in Kontakt, vielleicht kommen die Spürhunde dann auch dort zum Einsatz“, sagte gestern eine Sprecherin des Landeskriminalamtes.

Der Täter hatte am 10. Juni abends eine Explosion in der Küchenabteilung des Möbelhauses ausgelöst. Dabei waren zwei Kunden leicht verletzt worden. (lex)

NACHRICHTEN

Dresdner forschen mit am Wüstenstrom-Projekt

Dresden. Die TU Dresden wird künftig am Projekt Desertec mitarbeiten, das Sonnenenergie aus der Wüste mithilfe von Solarkraftwerken nutzbar machen soll. Als erste staatliche Universität in Deutschland tritt die TU heute dem Desertec University Network bei, zu dem bereits mehr als 20 Universitäten und Forschungseinrichtungen aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Europa gehören, teilte die Hochschule mit. TU-Rektor Hans Müller-Steinhagen bezeichnete Desertec als „das bisher wichtigste Projekt für eine nachhaltige Energieversorgung der Menschheit.“ (SZ/fi)

Zechpreller springen vom Schiff aus in die Elbe

Dresden. Mit einem Sprung vom Schiff wollten sich am Mittwochabend zwei Männer in Dresden vor ihrer Rechnung drücken. Die beiden hatten sich kurz vorm Anlegen des Ausflugsdampfers in Windeseile ausgezogen, sprangen dann in die Elbe und schwammen ans Ufer. Sofort nach dem Anlegen nahmen ein Kellner und der Steuermann die Verfolgung auf. Sie konnten einen der Zechpreller fassen. Der 25-Jährige war ziemlich betrunken. Die Rechnung, vor der beide flohen, belief sich auf 40 Euro. (dpa)

ANZEIGE

Hast du starke Nerven? Black-Jack-Abend mit Freunden!

sachsen-erlebnisse.de

Ende einer Kurierfahrt



Polizeikommissarin Anke Fittkau präsentierte gestern in Leipzig Drogen und Bargeld, sichergestellt am Mittwoch. Lange wurde verdeckt ermittelt, dann konnten 19 Kilogramm Heroin beschlagnahmt werden. Es hat einen Wert von 570 000 Euro. Eine Rauschgiftkurierin (28) und ein Dealer (32) wurden festgenommen. Gegen einen bekannten Hintermann in Belgien soll internationaler Haftbefehl erwirkt werden. Die Kurierin hatte zehn Kilogramm Heroin im Rollkoffer mit dem Zug aus Belgien gebracht. Die Ermittler hatten sich an ihre Fersen geheftet und griffen bei der Übergabe auf offener Straße zu. In einer Wohnung fanden sich noch 9,2 Kilogramm Heroin, verpackt in brikettgroße Pakete, und 3400 Euro Bargeld. Foto: ZB/Peter Endig

Handyabhöraktion war schon lange bekannt

Wegen des Überfalls auf Neonazis in Dresden hörte die Polizei Handys ab. Die Linke fordert die Entlassung des Innenministers.

Von Thilo Alexe
ALEXE.THILO@DD-V.DE

Die Szenen waren martialisch. Elitepolizisten verschafften sich mit Kettensägen Zutritt zu dem Gebäude im Dresdner Norden. Reichlich ein Dutzend Menschen mussten sich bis auf die Unterhose entkleiden. Dann wurden sie durchsucht und abgeführt.

Der umstrittene Einsatz am Abend des 19. Februar galt dem Haus der Begegnung, das Büros der Dresdner Linken und einen Jugendverein beherbergt. Die Polizei vermutete damals, dass aus dem Gebäude Straftaten organisiert wurden – womöglich Ausschreitungen bei Protesten gegen einen Neonaziaufmarsch. Vier Monate später rückt die spektakuläre Aktion wieder in den Fokus der Öffentlichkeit. Denn seit gestern ist es offiziell: Die Ermittler kamen den Verdächtigen mittels Telefonüberwachung auf die Spur. Dass im Zuge des 19. Februar abgehört wurde, ist für die Opposition ein Skandal.

Allerdings: Bereits am 21. Februar hatte die SZ berichtet, dass höchstwahrscheinlich die Überwachung von Telefonen zum Dresdner Haus der Begegnung führte. Auch als die SZ im April erneut über das mutmaßliche Abhören schrieb, regte sich kein öffentlicher Aufschrei.

Dass das jetzt anders ist, liegt an dem massenhaften Abfragen von Handydaten vermutlich friedlicher Demonstranten. In der vergangenen Woche war bekannt geworden, dass die Polizei mehr als eine Million Verbindungsdaten sammelte. Linksfraktionschef André Hahn sprach von einer der größten Ausspähaktionen in Deutschland. Dabei ging es zwar weder um Gesprächsinhalte noch um Namen. Dennoch gerieten in 45 Fällen die Daten in Ermittlungsverfahren gegen Blockierer – zu Unrecht. Sie dürfen nur bei schweren Delikten genutzt werden.

Nach und nach räumte die Regierung, die nach eigenen Angaben nicht informiert war, die Panne ein. Allerdings wies Innenminister Markus Ulbig (CDU) darauf hin, dass die Datenabfrage durch einen Gerichtsbeschluss legitimiert war. Zu möglichen Abhöraktionen äußerte er sich nur vage.

Lebensgefährlich verletzt

Gestern sah sich der unsicher agierende Ressortchef mit einer Rücktrittsforderung der Linken konfrontiert. Im Landtag verlas der sichtlich angespannte Minister schließlich eine Presseerklärung der Staatsanwaltschaft. Darin bestätigt die Behörde erstmals, dass zwei Telefonnummern nach richterlicher Anordnung abgehört wurden. Wie oft und wann, ist unklar. Offen bleibt auch, ob das Landeskriminalamt noch woanders mitlauschte.

Allerdings: Mitgehört wurde nach Angaben der Staatsanwälte nur bei Verdächtigen, gegen die wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird. Das heißt: Friedliche Demonstranten oder Blockierer belauschten die Ermittler nicht.. Die Staatsanwaltschaft bestätigte ferner, dass ein sogenannter IMSI-Catcher zur Lokalisierung von Handys benutzt wurde, was die SZ am Mittwoch berichtet hatte. Mit dem Gerät seien aber keine Gespräche abgehört worden.

Die Abhöraktion steht nach Angaben der Staatsanwälte im Zusammenhang mit Angriffen auf Rechtsextremisten. Im Oktober 2009 verprügelten in Dresden bis zu 20 Vermummte drei Neonazis. Einer erlitt lebensgefähliche Kopfverletzungen. Am 19. Februar griffen bis zu zehn schwarz Gekleidete mit Pflastersteinen zwei Busse in Freital an, die Neonazis nach Dresden kutschiert hatten. Die Fahrer saßen noch am Steuer. Bereits im vergangenen August hatten Vermummte zwei mutmaßliche Neonazis angegriffen, die zuvor das Gebäude eines linken Wohnprojektes beschädigt hatten. Einer der Attackierten verlor einen Teil seines Ohres.

Für Dienstfahrten mit Privatautos könnte es schon 2011 mehr Geld geben

Dresden. Die mehr als 200 000 Angestellten im öffentlichen Dienst Sachsens können weiter auf eine höhere Kilometerpauschale hoffen, wenn sie ihr Privatauto für Dienstfahrten nutzen.

Die Linksfraktion brachte gestern einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, der eine grundsätzliche Erhöhung der Pauschalen um jeweils zehn Cent pro gefahrenem Kilometer vorsieht. Zurzeit werden den Beschäftigten gestaffelt 15, 25 beziehungsweise 30 Cent pro Kilometer für Dienstfahrten mit dem privaten Pkw erstattet.

Obwohl absehbar ist, dass der Gesetzentwurf der Oppositionsfraktion bei der im Herbst anstehenden Abstimmung im Landtag keine Mehrheit findet, sind die Aussichten auf eine Erhöhung der Pauschale nicht schlecht. Der Grund: Nach SZ-Informationen arbeiten die zuständigen Staatsministerien inzwischen an einer Rechtsverordnung, die ebenfalls eine Erhöhung der Kilometerpauschalen vorsieht. Die von CDU und FDP geführte Staatsregierung plant, die Rechtsverordnung möglichst noch vor der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Linksfraktion in Kraft zu setzen. Damit wäre eine Entscheidung des Landtages hinfällig. Über eine Erhöhung der Kilometerpauschalen wird bereits seit mehr als einem Jahr gestritten. Zuletzt hatten sich auch der Beamtenbund und der ADAC dafür ausgesprochen, um damit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst die steigenden Kosten für Benzin und Fahrzeughaltung zu ersetzen. Laut deren Berechnungen sorgt heute selbst eine Pauschale von 30 Cent pro Kilometer ab einem Benzinpreis von 1,37 Euro für Verluste. (SZ/gs)

Hightech-Bilder für die Krebsbehandlung

Die weltbeste Technik zur Krebserkennung steht nun Dresdner Forschern und Patienten zur Verfügung.

Von Stephan Schön
SCHOEN.STEPHANQDD-V.DE

Mitten im Forschungszentrum in Dresden-Rossendorf sind Parkplätze für Krankenwagen und Oberärzte reserviert. „Patienteneingang“ steht an der Tür, „PET-Zentrum“ steht oben am Laborkomplex. Zellbiologen, Krebsforscher und Strahlenmediziner arbeiten dort. Und dort werden auch Krebspatienten behandelt.

Gestern wurde in Dresden-Rossendorf die weltbeste Technik für die Krebserkennung in Betrieb genommen. Vier Millionen Euro kostet das Gerät. Solche gibt es bisher nur in New York und Genf. Es kombiniert zwei der derzeit besten Möglichkeiten, Bilder aus dem menschlichen Körper zu bekommen. Mit dem einen Verfahren werden die Krebszellen aufgespürt, mit dem anderen kann bis auf zwei Millimeter exakt festgestellt werden, wo genau im Körper sich die Krebszellen befinden. Und auch, ob sich an anderen Orten millimeterkleine Metastasen gebildet haben.

„Die präzise und vor allem sehr frühe Erkennung der Krebszellen verbessert letztlich die Heilungschancen“, sagt Medizinprofessor Jörg Kotzerke, Leiter der Uniklinik für Nuklearmedizin. Er war maßgeblich an der Planung des neuen PET/MRT-Zentrums beteiligt.

PET/MRT sind zwei Tomografen. Ausgeschrieben hieße dies so: Positronenemissionstomograf und Magnetresonanztomograf. Der gesamte Körper des Patienten wird mit einer einzigen Untersuchung mit zwei ganz unterschiedlichen Methoden abgebildet. Die ergeben kombiniert die bislang besten Bilder. Ein besonderer Stoffwechsel der Krebszellen verrät diese, schwach radioaktive Substanzen im PET machen sie sichtbar. Die räumliche Struktur liefert indes das extrem starke Magnetfeld des MRT.

Getrennt voneinander gibt es beide Verfahren bereits seit Jahren. Allerdings kann sich schon bei nur wenigen Bewegungen die Lage eines Tumors beispielsweise in der Lunge oder im Darm verändern. Man hätte dann zwar auch zwei Bilder, nur stimmten sie nicht mehr überein. Da würde schon das Aufstehen des Patienten ausreichen, um die Präzision zu stören.

Wenn die Mediziner nun aber schon wenige Zellen präzise orten können, lassen sich auch die Erfolge einer Krebsbehandlung besser verfolgen. „Bisher nicht erkennbare Veränderungen, sehr kleine können wir damit beobachten.“



Dieser Super-Tomograf vereint in sich zwei Verfahren, um präzise Bilder aus dem Körper zu machen. Das Gerät soll ein Grundstein sein für ein neues, sich noch in der Planung befindendes Forschungzentrum für Radiopharmazie und Tumorforschung. Foto: Ronald Bonß

LESERBRIEFE

Zur Handy-Affäre bzw. „Dresdner Polizeipräsident zwangsversetzt“, 28. Juni:

Alles sollte getan werden, die Schuldigen zu finden

Schreckliche Bilder waren im Fernsehen zu sehen. Gewalttätige Demonstranten griffen Polizisten an, mehr als 100 Beamte wurden verletzt, Fahrzeuge beschädigt usw. Das ist Widerstand gegen die Staatsgewalt und Rowdytum. Ich finde, es sollten alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Schuldigen zu finden und zu bestrafen. Dazu gehört auch das Auswerten von Telefondaten. Meine Sympathie und Achtung gehört dem zwangsversetzten Polizeipräsidenten.

Andreas Kretschmer, Dresden

Die Konsequenzen hätte Ulbig selbst tragen müssen

Wie kann es sein, dass der oberste Polizist der Stadt Dresden vom Innenminister entlassen wird, nur weil er sich um die Sicherheit in Dresden kümmert? Als Bewohner des Dreiländerecks sehe ich und viele unserer Bürger, wie die Polizei entmachtet wird, wie der Innenminister offensichtliche Missstände negiert. Wo zum Teufel wird eine Arbeit im Interesse der Wähler geleistet?

Dieter Jacob, Zittau

Die Staatssicherheit lässt grüßen

Die größten Stasijäger, die sächsischen schwarz-gelben Regierer, bedienen sich ungeniert der perfiden Methoden der überwunden geglaubten Stasi. Sie erfassen die Handydaten von zigtausend unbescholtenen Bürgern, deren einziges Verbrechen darin besteht, sich dem von selbiger Regierung genehmigten Naziaufmarsch in den Weg zu stellen. Und noch schlimmer: Sie animieren die Busfahrer, welche die Demonstranten nach Dresden brachten, selbige zu denunzieren.

Philipp Höhne, Gablenz

Unsere Polizei wird zum zahnlosen Tiger degradiert

Da wird randaliert, was mit Protest nichts zu tun hat, da werden die Beamten angegriffen – und wenn dagegen vorgegangen wird, muss der Polizeipräsident seinen Stuhl räumen, und der Innenminister wird zum Rücktritt aufgefordert. Was ist das für ein Staat, in dem sich Kriminelle langsam, aber sicher totlachen, da ihnen ja doch nicht viel passiert?

Ines Hanske, Altenberg

Als Preis für die Sicherheit der Bürger ansehen

Für mich ist der ganze Trubel um den angeblichen Datenmissbrauch nicht nachvollziehbar. Die Datenverwendung sollte in diesem Moment als Preis für eine allgemeine Sicherheit der Dresdner Bürger und Bürgerinnen angesehen werden.

Carola Dudek, Dresden

■ Leserbriefe sind die persönliche Meinung der Schreiber und entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion. Bitte geben Sie bei Briefen, E-Mails und Faxen neben dem vollständigen Namen auch Anschrift und Telefonnummer an (werden nicht veröffentlicht). Wir behalten uns vor, Zuschriften sinnwahrend zu kürzen. Meinungen an: SZ-Leserbriefe, 01055 Dresden bzw. sz.leserbriefe@dd-v.de

Einweisung in die Psychiatrie nach Angriff auf Beamten

Leipzig. Nach einem Anschlag im Leipziger Finanzamt wird ein 48-Jähriger in die Psychiatrie eingewiesen. Das Landgericht Leipzig sprach den Ingenieur gestern wegen Schuldunfähigkeit vom Vorwurf des versuchten Mordes frei. Der Mann sei psychisch krank und brauche Behandlung. Der 48-Jährige hatte im Oktober einen Beamten im Finanzamt mit Spiritus übergossen und versucht, ihn anzuzünden. Der Beamte konnte dies abwehren.

Von Anfang an hatten nach einem psychiatrischen Gutachten Zweifel am Geisteszustand des 48-Jährigen bestanden. Er lag seit vielen Jahren mit dem Finanzamt im Clinch. Der Vorsitzende Richter, Hans Jagenlauf, sagte: „Die Tat war weniger die Handlung eines Kriminellen, als der Hilfeschrei eines intelligenten Mannes.“ (dpa)